

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz) Verlag W. Dietrich, Industrie-Halle, Niederdorf-Zürich. Postsendungen franco gegen franco. Geschäftliche Briefe nach der Schweiz folgen Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 19.

Sonntag, 8. Mai.

1881.

Abonnements

werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahresspreis von: Nr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband) Nr. 3. — für Deutschland (Goldband) Nr. 1. 70 für Österreich (Kouvert) Nr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltverkehrs (Kreuzband).

Inserate

Die dreispaltige Zeile pro 25 Ggr. — 20 Pfg.

Bitte an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Es der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Erhöhen sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Sorglosigkeitsregel verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverpflichtung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bedarfs größerer Sicherheit Kommandierung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßregelten nicht!

Unser der Sieg — trotz alledem!

Wenn irgend etwas die Macht der sozialistischen Idee zu beweisen geeignet ist, so ist es die früher schon von uns erwähnte Einstimmigkeit aller Parteien, mit Ausnahme der verräthlichsten Freihändler, in Anerkennung des sozialistischen Prinzips.

In keinem anderen Land haben wir ähnliches erlebt. Das Merkwürdigste ist, daß die nationalliberale Partei — soweit noch von einer solchen die Rede sein kann —, welche doch ganz entschieden eine Bourgeoispartei ist, sogar die Bourgeoispartei — sich mit dem Bismarckschen Staatssozialismus einverstanden erklärt hat.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ sucht ihre Partei durch das Beispiel der liberalen englischen Regierung zu decken, die mit der irischen Landbill sich ja auch auf das Gebiet des Staatssozialismus begeben habe. Allein das Beispiel ist durchaus nicht zutreffend.

Die irische Landbill ist keine staatssozialistische Maßregel. Sie geht nicht einmal soweit, wie die bürgerliche Revolution von 1789: die Grundeigentumsverhältnisse bleiben vollkommen unberührt, und der Staat macht von keinem Rechte Gebrauch, das er nicht schon hundertmal ausgeübt hätte.

Um mit dem deutschen Unfallversicherungsgesetz verglichen werden zu können, müßte die irische Landbill — von den Landesgesetzen selbst abgesehen — eine Garantie der Existenz der kleinen irischen Pächter enthalten, was bekanntlich nicht der Fall ist.

Die staatssozialistische Bedeutung des preussischen Unfallversicherungsgesetzes besteht darin, daß es die Verpflichtung des Staates, die Existenz der Arbeiter zu gewährleisten, in sich birgt und damit in nuovo das Prinzip der staatlichen Regelung und Organisation der Arbeit, oder mit anderen Worten die sozialistische Organisation der Gesellschaft.

Daß die deutsche Bourgeoisie, wenigstens soweit sie durch die nationalliberale Partei vertreten ist, sich im Wesentlichen mit einem Gesetznachsicht einverstanden erklärt, der so diametral den Bourgeois-Interessen und Bourgeois-Anschauungen zuwiderläuft, das ist allerdings ein sehr bemerkenswertes Zeichen der Zeit und läßt sich nur auf die Erkenntnis der deutschen Bourgeoisie zurückführen, daß der Staat und die Gesellschaft das Vor- und Vordringen und den Sieg der sozialistischen Idee nicht mehr verhindern können.

Und auch Fürst Bismarck würde sich sicherlich nicht zu einem so folgenreichen Schritte entschlossen haben, wenn die Nothwendigkeit ihn nicht dazu triebe.

Die letzte Form der Klassenherrschafft — das zeigen wir in unserem letzten Artikel — ist die Diktatur.

Die letzte Form der Diktatur ist der Staatssozialismus.

Und der Staatssozialismus bahnt den Weg zum revolutionären, zum demokratischen Sozialismus.

Der Diktaturstaat hat alle seine Hülfsmittel erschöpft; er hat sich in schneidenden Widerspruch gebracht mit den Interessen der Staatsbürger — er muß sich eine Prätorianergarde kaufen.

Panem et Circenses! Brod und Spiele! lautete die Devise der altrömischen Diktatoren und Cäsaren.

Im Bismarcksche Deutsch übertragen, heißt das Staatssozialismus.

Die Sklaven, deren Häute und Arme man braucht, müssen gefüttert werden. Bei den materialistischen heidnischen Römern mußten sie auch amüsiert werden. Bei den idealen christlichen Deutschen ist das Vergnügen überflüssig.

Der Sklave bekommt sein Futter, und zur Abwechslung, wenn er sich müßt, statt der Zirkusspiele die Peitsche.

In der Linken das Unfallgesetz, in der Rechten das Sozialistengesetz, — so tritt der deutsche Reichskanzler vor die deutschen Arbeiter: Futter und Peitsche.

Früher hieß es Zuckerbrod und Peitsche.

Aber die neue Steuererhebung zum Besten des „armen Mannes“ hat den Zucker vertheuert. Der Zucker ist nur noch für die „Wohlthäter des armen Mannes“.

Die sozialistische Phase des Absolutismus und der Klassen-diktatur ist deshalb die letzte Konsequenz des absoluten und absolutistischen Staatsgedankens.

Ich bin der Staat. Der Staat ist Alles. Ich bin Alles. Das ist die Formel.

So lange der Staat sich nicht für gefährdet hielt, so lange kümmerte er sich um die ökonomische Gesellschaftsthätigkeit nur aus fiskalischen Gründen — um Geld daraus zu schlagen. Er ließ die Camphansen und die Delbrück ruhig wirtschaften.

Jetzt ist es anders. Die ökonomische Gesellschaftsthätigkeit muß dem Zweck des absoluten Staates untergeordnet, muß dem

Staat zur Verfügung gestellt werden, damit der seine Existenz bedrohende Zwiespalt zwischen den Staats- und Volksinteressen aufgehoben werde.

Um sich lebensfähig zu machen, macht der Staat sich zum Brodgeber.

Mit der politischen Knechtschaft wird die ökonomische Sklaverei verbunden. Der Knecht des Staates wird zum Lohnsklaven des Staates, und empfängt, dem Hunde gleich, das Brod aus der Hand, die ihn züchtigt.

Freilich, das steht nicht im Unfallversicherungsgesetz, aber es steckt darin. Es ist die äußerste Konsequenz des Staatssozialismus, zu der Fürst Bismarck sich ja auch in der Debatte über das Unfallversicherungsgesetz bereits theoretisch bekannt hat.

Die Durchführung des Staatssozialismus bis in die äußerste Konsequenz wird allerdings frommer Wunsch bleiben.

Im Peru der alten Azteken, die das Eisen nicht kannten, war die Verwirklichung des absolutistischen Staatssozialismus möglich. Sie war möglich in Paraguay, wo die mit dem Wissen Europa's ausgerüsteten Jesuiten Heerden von wilden, aber lentamen Indianern voranden.

In unseren modernen Kulturländern ist es nicht möglich, die gigantische Industrie mit ihren Giganten-Kräften in den Zwangsstuhl des absolutistischen Staates einzuzwängen. Die Breiter des Zwangsstuhls werden zerschnitten werden, wie Schliffroh.

Wir sehen dem Versuch in heiterster Laune zu.

Je tiefer der Keil des Sozialismus in den Baum des Polizei- und Militärstaates hineingetrieben wird, desto besser für uns.

Je mehr Bismarck seinen Sozialismus dem Publikum aufdrängt, desto weniger Schwierigkeit haben wir, die gegen unseren Sozialismus noch bestehenden Vorurtheile zu überwinden.

Bismarck arbeitet in doppelter Hinsicht für uns: praktisch und propagandistisch.

Praktisch, indem er durch Einführung des sozialistischen Elements die Auflösung des Polizei- und Militärstaates beschleunigt, „die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft untergräbt“ und den sozialistischen Staat vorbereitet, der nur demokratisch sein kann.

Propagandistisch, indem er, unter Zuhilfenahme der zu absolutistischen Zwecken von ihm eingerichteten Agitationsapparate, seine ganze Macht darauf verwendet, sozialistische Ideen und Schlagwörter in Kreise zu bringen, welche uns bisher unzugänglich waren — und die Furcht vor dem Sozialismus auszurotten, welche bisher das Haupthinderniß für die Ausbreitung unserer Ideen war.

Den Nachweis zu liefern, daß unser Sozialismus gemeinnütziger ist, als der des Herrn Bismarck, wird uns sehr leicht sein. Keun Jesuitel der Einmüde, die uns früher gemacht wurden, fallen jetzt weg.

Dagegen können wir durch Nebeneinanderstellung unseres Programms Jedem ad oculos demonstrieren, daß, wenn dann einmal Sozialismus sein muß, es dann auch im Interesse der ungeheuren Mehrzahl des Volkes liegt, sich für den demokratischen Sozialismus zu entscheiden, um für die Holzäpfel des absolutistischen Sozialismus zu danken.

Die Fortschrittspartei.

Während Fürst Bismarck mit aller Energie zu der Wahlkampagne rüstet und seine Presse und seine Polizei bereits ins Treffen geschickt hat, sind mit Ausnahme des Zentrums alle reaktionären Parteien noch in dem ersten Stadium der Vorbereitung. Auch die Fortschrittspartei die vor Kurzem noch so laut krächzte, ist ziemlich kleinlaut geworden, und sie hat alle Ursache dazu.

Wo ist ihr Programm. Wie will sie vor die Wähler treten? Verweigerung der neuen Steuern?

Sehr gut. Aber eine Negation ist doch kein Programm. Es müßte dann eine allgemeine Negation sein. Und zu dieser fehlt der Fortschrittspartei die Courage.

Herr Richter, die einzige agitatorische Kraft, welche diese Gesellschaft von Heuchlern, Schwägern und Invaliden unter sich zählt, zeichnete sich von jeder durch jene Eigenschaft aus, welche Fallstaff als den besseren Theil des Muthes zu bezeichnen pflegte. Daß er im Anfang seiner Carriere als Beamter verschiedene Konflikte, die er sich durch sein loses Mundwerk zugezogen, nicht gerade tapfer auf dem Wege ging, sei nur nebenbei erwähnt. Jeder, der ihn im Reichstag und preussischen Landtag zu beobachten Gelegenheit hatte, weiß, in welche nervöse Aufregung der sonst gar nicht nervöse Herr Richter geräth, wenn ihm der Gegner auf den Leib rät. Es ist bekannt, daß er vor zwei Jahren, als ihn Bismarck den er durch einen scharf per-

sönlichen Zwischenruf unterbrochen hatte, aufforderte, sich zu nennen und ihm Stirn an Stirn gegenüberzutreten, nicht so couragirt war wie neulich der kleine Strube, sondern abwechselnd blaß und roth wurde, und den Mund hielt. Es ist speziell unserm Genossen bekannt, daß Herr Richter, der im Schimpfen auf die Sozialdemokratie ein wahrer Therapsites ist, durch keinen Appell an sein Ehrgefühl dazu zu bewegen war, einem der Unseren in offener Volksversammlung bei gleichem Winde und gleicher Sonne in christlichem Kampfe Rede zu stehen.

Wir erwähnen dies, weil Herr Richter die Fortschrittspartei ist, und weil sein Naturell die Taktik der Fortschrittspartei wesentlich beeinflusst.

Wie lahn donnerte er noch vor wenigen Wochen sein: Fort mit Bismarck! in die Welt hinaus.

Seit Bismarck im Abgeordnetenhaus und im Reichstag ihn systematisch und auf's Beleidigendste provoziert hat, sich doch zu seinem: Nieder mit Bismarck! zu bekennen, ist Herr Richter ganz kleinlaut geworden, und von dem: Nieder mit Bismarck! hören wir nichts mehr.

Aber die Herren Fortschrittler brauchen doch irgend ein greifbares Programm. Zum mindesten müssen sie doch zu allen Fragen, die bei der nächsten Wahl zur Entscheidung kommen, Stellung nehmen.

Und das ist gerade das Schlimme für sie! Das Unfallversicherungsgesetz nöthigt sie, auf sozialem Gebiet Farbe zu bekennen.

Den Arbeiter auf die Selbsthilfe verweisen, das heißt einen abgetriebenen Kletter besteigen, der auf allen vier Beinen lahm ist.

Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig Fortschritte diese Fortschrittspartei gemacht hat. Wer die Citraden liest, welche die Fortschrittspresse vor 18 Jahren gegen Lassalle abbliebte, findet genau die Stichwörter und Scheinargumente, mit denen Herr Richter, das lebendige Preshäuser der Partei, jetzt das Unfallversicherungsgesetz und den Bismarckschen Staatssozialismus bekämpft. „Nichts gelernt und nichts vergessen.“ Die reinen Rip van Winkles, die Alles verschlafen haben, was seit fast zwei Jahrzehnten von der wichtigsten Wissenschaft des 19. Jahrhunderts, von der Gesellschaftswissenschaft, geleistet worden ist.

Was die Herren Fortschrittler durch ihr „Keine neuen Steuern!“ gewinnen, das werden sie auf der anderen Seite durch ihre Manchesterei verlieren.

Wir können uns nur darüber freuen, daß es Herrn Richter gelungen ist, die Fortschrittspartei mit dem Manchestertum vollständig zu identifiziren, dadurch hat er ihr von vornherein die Möglichkeit abgeschnitten, in die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kreise — von den Arbeitern gar nicht zu reden — einzudringen.

Dank Herrn Richter, unzweifelhaft dem prononziertesten und agitatorisch thätigsten Vertreter des Manchestertums, ist die Fortschrittspartei zu einer ausschließlichen Bourgeoispartei geworden. Das Wort Bourgeois in seinem strengsten Klaffen, gleichbedeutend mit Großbürger, Großkapitalist, genommen.

Das ist ein Punkt, den die Genossen bei den bevorstehenden Wahlen überall zu betonen und zu verwerthen haben. Diese Partei, welche in erster Linie auf die Stimmen des Kleinbürgertums und überhaupt der kleinen Leute spekulirt, verfolgt ein Programm, dessen Durchführung den Ruin der kleinen Leute bedeutet.

Die Nichttheilnahme des Staates in die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, und in die Beziehungen der Arbeiter unter sich, — die Ausschließung des Staates von der Industrie und vom Eisenbahnbetrieb, — das laissez faire, laissez aller auf dem Felde der Produktion — was ist es in Wirklichkeit?

Die Ausbeutung des Staates und der Arbeiter durch die Bourgeoisie; die Vernichtung der Kleinproduktion — kurz die ökonomische Aufspeisung der Kleinen durch die Großen.

Die Fortschrittspartei hoffte und hofft wohl auch noch, unter dem Schutze des Sozialistengesetzes bei den nächsten Wahlen einen guten Fischzug zu machen — wir werden sie an ihr Manchestertum annageln!

Aus der Rede unseres Genossen Bebel

über den Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Gesetz-Entwurf.

Gehalten in der Sitzung vom 4. April 1881. (Nach dem stenographischen Bericht.)

(Fortsetzung.)

Da heißt es immer wieder: die Unternehmer können solche Lasten nicht tragen, sie werden konkurrenzunfähig. So oft wir in diesem Hause Gesetzentwürfe oder Anträge in Bezug auf die soziale Lage des Arbeiters zu berathen hatten, die sich auf Arbeitsverfänger, Kinderarbeit, Anstellung

jünglicher Arbeiter, Ausnutzung der Frauen zur Fabrikarbeit u. s. w. begangen, und so oft von irgend welcher Seite Beschränkungen verlangt wurden, trat uns immer sofort der Jurist entgegen: das heißt uns auf das Schwere in unserer Konkurrenzfähigkeit schädlich, es ist darum unmöglich, solche Beschränkungen anzunehmen. Nun, wenn Sie die Verhandlungen über das Haftpflichtgesetz von 1871 lesen, so finden Sie, daß damals namentlich Herr von Unruh es war, der gegenüber den Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes bezüglich der Eisenbahnen sich nachzuweisen bemühte, daß, wenn dieses Gesetz durchgehe, es gar keinem Zweifel unterliege, daß das Kapital in sehr bedeutendem Grade sich von den Eisenbahnunternehmungen zurückziehen würde, daß in kurzer Zeit die Eisenbahnen fast ganz anverloren befänden, die sie in die Lage setzten, nicht mehr existenzfähig zu sein, und dergleichen Beschränkungen mehr.

Kurz, Herr von Unruh wollte damals die Folgen des § 1 des Haftpflichtgesetzes in den schärfsen Farben. Sie, meine Herren, sind noch weit besser in der Lage als ich, beurteilen zu können, wie wenig jene Beschränkungen bis auf den heutigen Tag eingetreten sind. So dürfte es auch wohl mit den Beschränkungen in Bezug auf unsere Vorschläge hier gehen. Lud eins halten Sie doch fest: gegenwärtig bereits — wir haben das vorhin erst wieder aus dem Munde des Herrn Bundeskommissars gehört — besteht eine große Zahl von Fabrikbetrieben, die über den Vorkauf und die Bestimmungen des gegenwärtigen Haftpflichtgesetzes hinaus die Einrichtung getroffen haben, daß die Arbeiter für alle Unfälle versichert sind, für die Haftpflichtigen und Nichthaftpflichtigen. Das ist seitens der Unternehmer natürlich wesentlich in der Absicht geschehen, damit keine Prozesse entstehen und Streitigkeiten über den Unfall, wer haftpflichtig ist und nicht pflichtig, vermieden werden. Damit hat aber ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Arbeitgeber bereits freiwillig Lasten übernommen, die er nach dem Gesetze gar nicht zu übernehmen hätte.

Damit ist aber auch bewiesen, daß der andere Teil, der dies bis jetzt nicht gethan hat, wohl in der Lage sein dürfte, ähnliche Lasten zu übernehmen. Auch würde eine solche allgemeine auf alle Unternehmer ausgedehnte Verpflichtung nicht eine Verschlimmerung bedeuten, sondern eine Verbesserung. Ungünstig ist der gegenwärtige Zustand für alle diejenigen Unternehmer, welche im Gegensatz zu ihren Konkurrenten, sei es aus Humanitäts- oder sonstigen Gründen sich verhalten, indem sie Arbeiter für alle Fälle zu versichern, denn sie haben dabei eine bedeutende Mehrausgabe übernommen gegenüber denen, die nur für den Haftpflichtfall versicherten. Sie ertragen es und können es ertragen, sonst würden sie es nicht thun.

Indem aber die Verpflichtung weiter ausgedehnt wird, und alle Unternehmer verpflichtet werden sollen, für alle Unfälle zu versichern, tritt eine volle Gleichheit der Lasten der Unternehmer ein. Da also dann die Unternehmer sämtlich mit einer bestimmten, alljährlich wiederkehrenden Ausgabe zu rechnen haben, die einen Teil ihrer Geschäftskosten ausmacht, so werden die Unternehmer das thun, was sie immer thun, wenn ihnen direkte oder indirekte Kosten aus ihren Produktionswegen geteilt werden, die sie bei den bisherigen Preisen ihrer Waaren nicht mehr glauben decken zu können, sie werden einfach diese Kosten auf den Preis ihrer Produkte abwälzen suchen und auch abwälzen können, da auf das einzelne Stück übertragen, die Last, die ihnen hier auf Grund unseres Vorschlags zugemutet wird, eine so außerordentlich minimale ist, daß sie thatsächlich kaum in Betracht kommt.

Aber man wird sagen, gut, das mag innerhalb des deutschen Reichesgebietes möglich sein, das wird aber nicht möglich sein auf dem Weltmarkt, wo oft mit sehr minimalem Gewinn der Arbeitgeber sich begnügen muß. Ja, meine Herren, auch dafür haben wir ein Mittel, daß dieses verhilft werden kann.

Der Herr Reichskanzler hat im Laufe der Jahre gerade durch seine auswärtige Thätigkeit sich seinen Haupttriumph erworben. Er hat drei große Kriege glücklich geführt, es sind zwar viele Menschen in diesen Kriegen hingerichtet worden, Ströme Blutes sind vergossen worden, viel menschliches Elend ist aus ihnen hervorgegangen. Meine Herren, ich meine aber, sein Ruhm würde viel dauernder und größer sein als durch diese glücklichen gewonnenen Kriege, wenn er jetzt auf einem Gebiet seinen großen Einfluß, den er auf alle Mächte ausübt, anwenden würde, um friedliche Einrichtungen, Einrichtungen zum Besten und zum Wohle der Unterdrückten und Entrechteten, wie er sich so treffend ausdrückt, in allen Kulturländern herbeizuführen.

(Zustimmung links.)

Es würde dies ein weit größerer Ruhm und viel empfehlenswerther für ihn und Sie sein, als wenn die Vorlage, die Sie nach diesem Unfallversicherungsgesetz heute noch beraten werden, Ihre Zustimmung findet.

(Sehr richtig! links.)

Also, meine Herren, der Herr Reichskanzler soll sich an die Spitze einer Initiative, wie ich sie andeutete, stellen, er soll die Regierungen der verschiedenen Länder, die vorzugsweise hier in Betracht kommen, wie die Schweiz, Frankreich, Belgien, England, Nordamerika, die also besonders unsere Konkurrenzländer sind, auffordern zu einer internationalen Konferenz, in welcher völlig gleichmäßige und gemeinsame Feststellungen in Bezug auf den Schutz der Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe stipuliert werden. Dann tritt eine vollständige Gleichheit der Konkurrenzbedingungen nach dieser Richtung ein, dann haben Sie die internationale Konkurrenz auf diesem Gebiet nicht mehr zu fürchten und, meine Herren, Sie werden, und das dürfte von Ihnen doch auch wohl sehr zu beachten sein, weit wirksamer den internationalen Sozialismus und den internationalen Nihilismus mit solchen Maßregeln bekämpfen, als mit solchen, wie ihnen heute noch von den Herren Abgeordneten Windthorst und Genossen zur Verabredung vorgelegt werden.

(Sehr richtig! links.)

Das wäre ein Stück Arbeit, des Schwiegers des Edlen werth, an dem der Herr Reichskanzler sich versuchen könnte, mit dessen Vollendung er seinen Ruhm in erheblichem Grade vermehrte und dauernder machte als durch vieles andere. Und ein solcher Schritt würde unzweifelhaft von Erfolg sein; denn wenn eine Regierung es wagen wollte, einer derartigen Aufforderung des Reichskanzlers gegenüber sich ablehnend zu verhalten, so würde ein allgemeiner Sturm der Entrüstung durch die gesamte Arbeiterwelt des betreffenden Landes gehen, einmütig würden sie für die Befreiungen des deutschen Reichskanzlers eintreten und ihre eigene Regierung zwingen, Abgeordnete zu jener internationalen Konferenz zu schicken, auf der so vortheilhafte, so menschliche Vorschläge zum Heil der Gesamtheit beraten werden sollen. Und nicht nebensächlich wäre noch der Punkt dabei, derartige Befreiungen des Herrn Reichskanzlers würden ungemein wenig kosten, ungemein billig sein und doch ihre moralischen und materiellen Vortheile in das Unermeßliche sich steigern. Aber vielleicht ist gerade die Billigkeit und das Wackerliegende der ganzen Sache der Grund, daß man nicht darauf eingeht.

(Bewegung.)

Man hat dann weiter die Pflicht der Arbeiter, zu den Unfallversicherungen beizutragen, und auch die Höhe der Unterstützung damit zu begründen versucht, indem man auf die bezüglichen Bestimmungen unserer Gesetzgebung in Betreff der Staatsbeamten und der Militärpersonen glauben zu können. Dieser Vergleich stimmt ganz und gar nicht, und da voraussichtlich ja von uns, wie ich nach der Stellung, die das Haus uns gegenüber einnimmt, auch als selbstverständlich ansehe, kein Mitglied in der fraglichen Kommission wird Flieg finden können, so halte ich mich für verpflichtet, diesem scheinbar begründeten Einwand hier mit einigen Worten zu begegnen.

Meine Herren, der fragliche Einwand trifft nicht zu. Der Staatsbeamte befindet sich gegenüber dem Arbeiter in einer ganz anderen Lage; es handelt sich bei den Staatsbeamten um die einfache Invalidität, die eintritt durch die Länge des Dienstes und den allmählichen Verbrauch seiner Kraft, nicht um Unfälle. Es kommt hier hinzu, daß der Staatsbeamte in der Regel die bestimmte Aussicht hat, einmal mit der Dauer der Dienstzeit ein höheres Gehalt zu bekommen, dann, daß er bis zu einem gewissen Grade nach der Anciennität besoldet wird, infolge dessen eine weitere Gehaltserhöhung eintritt, wonach sich auch die Invalidenpension schließlich bemißt.

Der Arbeiter befindet sich in weit schlimmerer Lage. Ihm wird mit der Dauer der Jahre seiner Arbeit, die er im Dienst seines Arbeitgebers thut, nicht ein höherer Lohn bewilligt, sondern er wird, da die Entschädigung für seine Arbeit meist gering ist und andererseits die Nahrungs- und Lebensbedingungen unter denen er lebt, sehr erschwert

sind, seiner besten Kraft frühzeitig beraubt; er tritt bereits in das Greisenalter ein, wo die meisten Angehörigen der besser situierten Klasse sich im Hochgenuß und Wohlgefühl ihrer Kraft und Frische befinden. Mit 40 Jahren ist ein großer Theil der Arbeiter bereits bedeutend leistungsunfähig geworden, diese Thatsache hat sich in einer sehr drastischen und **nichts weniger als christlichen Weise** in der Verordnungsabgabe, welche die kaiserliche Werksverwaltung vor einigen Jahren erlassen hat, wonach kein Arbeiter über 40 Jahre in ihren Dienst eingestellt werden darf.

(Hört! links.)

Man wirft also die Arbeiter über 40 Jahre einfach auf den Kirchhofen der Gesellschaft und sagt ihnen: ihr habt kein Recht mehr, eure Kräfte auszunutzen, seht, wie ihr existieren könnt, und wenn ihr nicht existieren könnt, so fällt der Kommunale Armenrat zu.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

— Die Rede Debels zum Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz ist vom Telegraph in einer Weise mitgeteilt worden, die bei unseren auswärtigen Genossen notwendigerweise einiges Befremden hervorgerufen mußte. Wir gestehen offen, daß auch wir seiner Zeit beim Lesen des Telegramms stuhnten, denn es mußte den Anschein hervorrufen, als sei Bebel plötzlich zu Bismarck übergelaufen. Ähnlich, wie uns ist es der „New-Yorker Volkszeitung“ ergangen, und die Betrachtungen, welche unser wackeres Bruderorgan zu die telegraphische Mittheilung knüpft, veranlaßt uns, auf die Motive, welche die Rede Debels bestimmten und die wir durchweg theilen, kurz zurückzukommen.

Vorausgeschickt sei, daß das in Nr. 13 des „Sozialdemokrat“ mitgetheilte angeblich von hervorragenden Sozialisten unterzeichnete Flugblatt Hauptveranlassung des Mißverständnisses ist. Uns schien das Ding gleich verdächtig, was wir auch durch die Form der Mittheilung andeuteten, und in der That rührt es nicht von „hervorragenden Sozialisten“, sondern von hervorragenden Mitgliedern der „Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine“ her, denen allerdings jedes Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz zuwider ist, da ihnen durch ein solches, je wirksamer und besser es ist, eine um so gefährlichere Konkurrenz gemacht wird. Umgekehrt steht es mit der Sozialdemokratie, welche die Interessen der Arbeiterklasse durchaus ungenügend vertritt, die durch feinerlei Reformen entwohnt werden kann — und infolgedessen in der Lage ist, alle Vorschläge, die von herrschender Seite ausgehen, durchaus unbedenkenlich zu prüfen. Gerade das ist eben ihre Stärke, macht sie den Gegnern so ungemein gefährlich.

Nun ist es doch selbstverständlich, daß wenn die Regierung einen Entwurf einbringt, der darauf hinauslaufen soll, bestehende Mißstände zu beseitigen, es die Pflicht der sozialdemokratischen Vertreter ist, nicht nur abfällig zu kritisiren, sondern auch nachzuweisen, was an den Vorschlägen gut, was schlecht ist, und wenn dieselben wirklich den Arbeitern Vortheil bringen, dafür zu stimmen. Das Gegenstück wäre Unfug, ein Zeichen unendlicher Schwäche, würde das Beschwären unserer Gegner, daß wir nur im Trüben zu fischen vermöchten, befähigen.

Wie anders stehen wir nach der Rede Debels da! Es geht ein jugstolz Stolzgefühl durch dieselbe, das der Ueberlegenheit unserer Sache klassischen Ausdruck giebt. Wenn Ihr wähnt, uns durch Reformen entwohnen zu können, dann nur her damit, rief er den Bismarck und Konforten freudlich zu, wir wollen Euch noch helfen dabei. Und indem er ankam auf den menschlicher-gewerkschaftlichen Sinn zu gehen, sich auf den Theil der Motive stütze, der unsern Arsenal entnommen ist, konnte er um so wirksamer den Bismarck'schen Entwurf kritisiren, konnte er zeigen, daß er nur scheinbar ein sozialistischer ist, daß er vielmehr eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand der Dinge zur Folge hat, konnte er in Wahrheit wie die „New-Yorker Volksz.“ richtig verurtheilt, eine Bombe gegen Bismarck schleudern, die dessen Herrschaft gründlich bloßlegte.

Alle Argumente, welche von liberaler Seite gegen die Arbeiterversicherung, wie sie von Bebel sfigurirt wurde, vorgebracht worden, sind hinwiegend, sie haben eben nur gegen den Bismarck'schen Entwurf einen neuen Sinn. Sollten wir nun deshalb aber vom menschlichen Standpunkt gegen den Entwurf losziehen, den Nachtrag des Herrn Max Hirsch und der Gmünder der Privatversicherungsanstalten bilden? Mir Nichts. Von links aus, vom sozialistischen Gesichtspunkt aus, mußte das Ding bekämpft werden, und erst der Umfang, daß es da in seiner Beziehung die Probe besteht, zeigt die ganze Erblichkeit der Bismarck'schen „sozialen Reform“.

Soeben erhalten wir noch den „Vorboten“ und freut es uns, daß auch unser Ehrentöchter Bruderorgan die Stellung Debels selbst nach dem Telegramm richtig auffaßt.

— Fortschrittliche Blätter brüsten sich damit, daß die Resolutionen gegen das Unfallversicherungsgesetz vielfach von Sozialdemokraten unterzeichnet worden seien, im „Gegensatz zu Bebel“. Die guten Leuten vergessen dabei, daß die Proteste lediglich dem Bismarck'schen Entwurf galten, von dem sowohl Bebel als auch der „Sozialdemokrat“ nachgewiesen haben, daß er eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes der Dinge bekummt, daß ihm eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes vorzuziehen wäre. Daß aber eine obligatorische allgemeine Arbeiterunfallversicherung mit voller Beitragspflicht der Unternehmer und voller Entschädigung der Verunglückten das rationellste ist, das lenkt nicht nur kein Sozialdemokrat, sondern überhaupt kein Arbeiter, soweit er nicht Hirsch-Dunker'scher Generalrath, Verbandsrath oder irgend ein anderer Rath der Unruhm ist.

— Während Bismarck im deutschen Reichstag sich brüht mit seiner christlich-sozialen Wirtschaftspolitik, die sich bei Licht beschaun als der schamloseste Humbug herausstellt, der je getrieben worden ist, ist im schweizerischen Nationalrat ein Antrag für erhebliche erklärt worden, der wirklich auf sozialem Gebiete von großer Tragweite ist, ja die Anerkennung eines durchaus modernen Gedankens bedeutet, — wir meinen den Antrag des radikalsten Herrn Frei aus Basel auf Einleitung von Schritten zur Einführung einer internationalen Fabrikgesetzgebung.

Unsere Leser finden in dem heute zum Abdruck kommenden Theil der Bebel'schen Rede über das Unfallversicherungsgesetz bereits einen schlagenden Beweis für die Notwendigkeit internationaler Arbeiterrechtsgesetze. Selbstverständlich ist die Stelle, wo Bebel solche Gesetze als einen wirksamen Schutz gegen den internationalen Sozialismus hinstellt, zum grandois anzusehen, als ein Hieb gegen die internationale „Antidynamitenliga“. Thatsächlich würde eine ernsthafte internationale Fabrikgesetzgebung vielmehr dem internationalen Sozialismus die Wege ebnen, nur würden diese Wege organische, reife oder minder friedliche sein.

Deshalb geben wir uns aber auch bezüglich des Schicksals dieses Antrags Frei keinen Illusionen hin. Nach den Proben, welche die herrschenden Klassen in England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich u. s. w. bisher in Bezug auf ihren guten Willen in puncto Abschaffung sozialer Uebelstände an den Tag gelegt, ist nicht zu erwarten, daß sie auf die Einladung der Schweiz mit Freude eingehen werden, und wenn sie es dennoch thun, so werden sie ihr Möglichstes aufwenden, die Konferenz auf die lange Bank zu schieben, ihr bei jeder Gelegenheit Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Wir lernen da.

Gerade das aber muß eben andererseits die Arbeiter aller Länder veranlassen, wie ein Mann für die Sache einzutreten. Jetzt gibt es ein-

mal zu zeigen, ob die Arbeiterschaft einer energischen Aufrüstung ihrer Kräfte fähig ist, ob sie noch im Stande ist, einen imposanten Druck auszuüben auf die herrschenden Klassen, denn hier ist ein Anknüpfungspunkt geboten, von dem aus die fruchtbarste Propaganda entfaltet werden kann, es handelt sich um eine Angelegenheit, für welche alle Arbeiterparteien, gleichviel welcher Schattirung, einzutreten verpflichtet sind und unbeschadet ihrer sonstigen Anschauungen auch eintreten können.

Es gilt, die Arbeiterschaft vor gänzlicher Versumpfung zu bewahren!

— Fortschrittliches. Die Kritik der Fortschrittspartei in unserm heutigen Leitartikel ist eher zu milde als zu scharf. Man muß sich zur Beurtheilung dieser edlen Partei nur nicht an Einzelne ihrer Presbörge, sondern an ihre offiziellen Vertreter und deren Thaten halten. Als es sich jüngst im deutschen Reichstag um die so billige Forderung handelte, daß diejenigen elsäß-lothringischen Abgeordneten, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, das Recht haben sollen, im elsäß-lothringischen Landesanschuß sich der französischen Sprache zu bedienen, da stimmten diese wackeren Demokraten Mann für Mann dagegen. Das sind dieselben Herren, die über die ungarische Deutschhege Jeter und Nordso (schreien!) Mit derselben Deutschhülle stimmen sie in den polnischen Disputen für die verhassten deutschen Reaktionsäre gegen den freisinnigen polnischen Kandidaten. Einer ihrer radikalsten Redner, Herr von Sausen-Tarpuzien, rühmte vor wenigen Tagen unter „rauschendem Beifall“ seiner Parteigenossen seine Königstreue mit folgenden Worten: „Ein heuchlerischer und schmeicheleischer Diener ist kein treuer Diener.“ (Vergl. Verh. Volkszeitung vom 1. Mai). Aber Diener sind sie alle.

Ebensovornel darf man sich über den „Freisinn“ dieser Herren durch ihren Kampf mit Bismarck ähneln lassen. Dieser Kampf ist für sie Lebensbedingung. Bismarck's Popularität ist gewaltig im Schwinden begriffen, und das macht sie die Herren zu Ruhez, wobei sie der alte Esel durch seine plumphen Angriffe noch kräftig unterstützt.

— Volksparteiliche Feigheit. Die Organe der „bürgerlichen Demokratie“ jammern über die angeblende Eilinger Versammlung, daß es schier einen Hund erbarmen möchte. Bezeichnend für diese Gesellschaft ist dabei, daß sich ihr Jorn nicht gegen die Polizei, sondern gegen die „unermüthete, und, gesehen wir es nur, unwillkommene Anwesenheit Debels“ richtet. So sagt wörtlich die von Frankfurt aus redigirte „Dem. Korresp.“, und wir glauben es ihr gern. Diesen Korstraten, deren ganze politische Weisheit darin besteht, sich als die „wahrhaftig konservativere Partei“ aufzuspielen, mußte es allerdings höchst unwillkommen sein, daß ihnen ein Mann wie Bebel! Aug' in Auge gegenübertrat, dessen kräftige Stimme zu ihren lährenden Melodien durchaus nicht paßte. Wir gemessen seit einiger Zeit das unschätzbare Vergnügen, den „Stuttgarter Beobachter“ zu lesen, und da sehen wir uns denn in der That genöthigt, unsern Stuttgarter Genossen ernst abzuhalten, was wir einst über ihre Haltung gegenüber diesen „Volks“parteilern geschrieben. Eine so jämmerliche Sprache, wie sie da geführt wird, muß auf die Dauer jeden unabhängig denkenden Mann empören.

Wenn diese Gesellschaft trotzdem wieder an Ruhm gewinnt, so hat sie es wahrhaftig nicht ihrer Energie zuzuschreiben. Der angeblich „konservative Hauch“, von dem vielfach gesehelt wird, wor eben nur die notwendige Folge der liberalen und „demokratischen“ Heulmeiereien. Heute kommt das Volk wieder zum Bewusstsein, und es würde weit scharfer seiner Mißstimmung Ausdruck geben, wenn die Sozialdemokratie nicht mundtot gemacht wäre, und die „Staatsmänner“ der Volks- und Fortschrittspartei nicht mit Gewalt bremsen.

— Ein würdiges Seitenstück zu den französischen Polizeihauptmann Andrieux in der ehemalige Adjutant und Rathgeber Rabat's, von Schlicke mann, derselbe Schatz, der die berückigtigen Ausweitungsbefehle mit einer so virtuosen Gestalt an den Mann zu bringen wußte, soviel Elend über Arbeiterfamilien herabzuschleudern verstand, daß er in kurzer Zeit in Anerkennung seiner besonderen Verdienste zum Regierungspräsidenten des Kreises Gumbinnen befördert wurde. In dieser Eigenschaft verbot der unverschämte Polizeipapa zwei Nummern der fortschriftlichen Insterburger Zeitung, bloß weil diese in ihrem Reichstagsbericht auch die Reden von Bebel und Aner wiedergegeben hatte.

Bei der Wahl dieses scabern Valross in den deutschen Reichstag waren f. z. derartige Schweinereien vorgekommen, daß selbst die Wahlprüfungskommission des in seiner Mehrheit konservativen Reichstags — freilich erst nach fast drei Jahren — beschloß, die Ungültigkeit der Wahl zu beantragen. Zwei seiner Kollegen, die das gleiche Loos traf, besahen wenigstens soviel Anstandsgefühl, ihr Mandat daraufhin sofort niederzuliegen, der biedere Schiedmann aber hielt, schamlos wie Andrieux, ruhig im Reichstag sitzen, eine Fierde der ehrenhaftesten Partei der „Ritter ohne Furcht und Tadel“.

— Gründlich abgeblüht. Wäre er nicht ein gar so abgebrähter Komödiant, so könnte er uns eigentlich leid thun, der „geniale“ Bauernfänger von Friedriehsrud. Eine so schenigliche Plamage, wie er sich in der berühmten Reichstagsdebatte geholt, ist wirklich „noch nicht dagewesen“. Da hat sich die vielgepriesene Genialität dieses „größten Staatsmannes des Jahrhunderts“ in ihrer ganzen Plumpheit dokumentirt, er glaubte durch eine ganz besondere Unverschämtheit imponieren zu können und wurde ausgelacht.

Nichts Abgeschmackteres gibt es, als eine Drohung, an die kein Mensch glaubt.

Weil er und sein Tiedemann zu viel Reichstagssteuer zahlen, und weil ihm zu viel Berliner im Reichstag sitzen, soll diese illustre Körperschaft, sowie die ganze Reichsregierung von Berlin verlegt werden — nach Kassel.

Und, siehe da, die bösen Berliner, sie sind gar nicht außer sich vor Entrüstung und Entsetzen, sondern sie lachen ob der angebrohten Maßregelung.

Nach Kassel zieht es ihn, auf die Wilhelmshöhe. Uns kann's recht sein. Auf Wilhelmshöhe spielte ja auch sein Vorbild, der schünste Gaukler Bonaparte seine schmachvolle Rolle zu Ende. Also nur los!

Er wird sich aber wohl befinden.

— Aus Dresden wird uns geschrieben: Partigenosse A. Jonas aus Newyork, während der letzten drei Jahre Chefredakteur der „New-Yorker Volkszeitung“, machte Ende letzten Jahres eine Reise über den Ocean, um nach langer Abwesenheit seine Verwandten wiederzusehen und seine Gesundheit im südlichen Europa wiederherzustellen. Er langte gegen Weihnachten in Berlin an, wo er im Hotel abstieg, seinen Namen ins Hoteldbuch eintrug und — den Belagerungszustands-Vorschriften entsprechend — seinen Paß ablieberte, der ihm nach polizeilicher Inspektion wieder zugestellt wurde. Während der Weihnachtswoche blieb Jonas unbeschäftigt in Berlin, ging dann auf ein paar Tage nach Leipzig und von dort direkt nach Italien, wo er während des ganzen Winters verblieb. Als er Mitte April über Wien zurückkehrte und am böhmischen Bahnhof in Dresden abstieg, um einen in der Nähe Dresdens wohnenden nahen Verwandten zu besuchen, wurde er von zwei Polizeibeamten in Zivil verhaftet und — nach vorläufiger Durchsichtung auf dem Bahnhof selbst — nach dem Polizeihauptquartier gebracht, wo seine Gepäckstücke einer gründlichen Durchsichtung unterworfen wurden. Sämtliche Papiere, die er mit sich führte: Privat- und Geschäftsbriefe, Rechnungen, Visitenkarten, Zeitungen u. s. w. wurden von dem die Untersuchung leitenden Polizeikommissar Paul zurückgehalten und dem Verhafteten nach mehrwöchiger Verhandlung bedeutet, daß er zwar das Polizeihauptquartier, aber bis auf Weiteres keineswegs Dresden, resp. Tharandt verlassen dürfe. Auf die Protestationen des Verhafteten, der seit langer Zeit amerikanischer

Staatsbürger ist und selbstverständlich keine Legitimation mit sich führte, wurde erwidert, daß dringender Verzicht vorliege: er (Jonas) reise im Interesse der sozialdemokratischen Partei und deren Organisation. Mit einem „deutschen Untertan“ hätte man wahrscheinlich Weise noch weniger Umstände gemacht als mit einem amerikanischen Bürger. Nach neun Tagen Verzögerung und nachdem die Polizei in Berlin, Leipzig und Wien angefragt und jedes Stüd Papier, das sie Jonas abgenommen, genau geprüft hatte, ohne daß irgend ein Anhaltspunkt für die polizeiliche Vermuthung sich ergeben hätte, gab sie dem in einem gewissen Landesdistrikt „Internirten“ sämtliche Papiere wieder zurück und zugleich die Erlaubniß, zu gehen, wohin es ihm beliebe. Genosse Jonas, der in diesem Augenblick die Rückreise nach New-York wieder angetreten, hat sich sofort mit einer Beschwärde, in welcher er den Willkür der Dresdener Polizei genau schildert, an den amerikanischen Gesandten in Berlin, Hrn. Andrew G. White, gewendet und von demselben verlangt, daß er ihm für die erlittene Unbill Genugthuung verschaffe. Mit Ausnahme des offiziellen „Dresdener Anzeiger“ brachte keine Zeitung eine Notiz über den Vorfall. Der „Anzeiger“ meldete lakonisch und ohne Angabe von Namen, daß ein „aus Wien signalisierter Sozialdemokrat“ in „Genauheit“ gebracht worden sei. Man darf auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit gespannt sein.

Die in voriger Nummer bereits erwähnten weiteren Berathungen unserer zeitweise in der Schweiz weilenden Reichstagsabgeordneten haben die an sie gestellten Erwartungen nicht völlig gestraft. Ueberall war der Besuch ein guter, an den meisten Orten waren die Säle buchstäblich überfüllt und überall ernteten unsere Genossen stürmischen Beifall.

In Gené traten hier einige sogenannte Sozialrevolutionäre entgegen, wurden aber unter dem Jubel der überwiegenden Mehrheit der Versammlung glänzend abgefertigt. Der anarchische „Revolte“ schreibt hierüber:

„Als die Polemik des „Sozialdemokrat“ gegen die „Freiheit“ zur Sprache kam, begab sich der Bürger Kuer auf ein Gebiet persönlicher Angriffe und Verdächtigungen, auf welches wir ihm sicher nicht folgen werden, diese Art der Polemik widerspricht uns.“

„Wirklich? Widerspricht Euch? Wie seinlichlich Ihr seid! Also auf die Claude 1000-Mark-Elge sollte Kuer wohl mit Komplimenten antworten? Soberbare Schwärmer, diese Herren! Da wird ins Blaue hinein gelogen, verläumdet, beschimpft und verhöhnt, und wenn dann die Angegriffenen sich ihrer Haut wehren und mit kräftiger Faust dreinschlagen, kriegt diese ganze Gesellschaft pöblich den Anstandsfehler und entwickelt ein Jactanzgefühl, um das sie ein indisches Säulenheiliger beneiden könnte. Zum Donnerwetter! Man soll sich in dieser Zeit der allgemeinen Charakterlosigkeit auch noch das einzige gesunde Organ, die Gasse, abgewöhnen. Hält uns nicht ein!“

„Die Polemik des „Sozialdemokrat“ gegen die „Freiheit“! Sollte man nicht meinen, die „Freiheit“ sei das arme Opferlamm, ein „Kind, kein Engel ist so rein“? Diese salbungsvoll vorgebrachte Verdrückung würde sogar Herrn Stöcker alle Ehre machen.“

„Immer hübsch konsequenz!“ Dieses Dokument, nämlich die Proklamations des Exekutivkomitees an den Jaren, „ist ein Beispiel des Eufros und der Polstik, welche diese junge Partei der That bereits erworben, sowie dieser verschiedenen Aufrichtigkeit, welche der einfüge Köpfe bewahrt. Wozu viel fordern, wenn man sich nicht, daß der Jar absolut nichts bewilligen wird?“

„Das steht weder in einem minimumistischen, noch in einem evolutionistischen Blatte, sondern das steht schwarz auf weiß in der neuesten Nummer des anarchisch-revolutionären „Revolte“.“

„Es gährt und brodelst in diesem Rußland, daß es eine wahre Freude ist. Alle Nachrichten, die aus dem Reiche des Nordens zu uns gelangen, stimmen darin überein, und jeder Tag bringt neue Beweise, daß sich Rußland nicht am Vorabend, nein, in mitten einer neuer Revolution befindet, die immer größeren Umfang gewinnt. Dieselbe Unsicherheit, welche die herrschenden Kreise noch bei jeder Revolution an den Tag gelegt, das Schwanken zwischen den Extremen äußerster Radikalität und scharfer Repressalien, die vollständige Kopflosigkeit, die verunglücktesten Versuche, unbändige Zurechtweisung zu bewirken, während man durch die That die jämmerlichste Angst bekundet, das Paratmachen zum eventuellen Ausweichen — keines von allen diesen Symptomen fehlt. Und auf der anderen Seite gibt die Bevölkerung immer rüchlicher ihrer Unzufriedenheit Ausdruck, die Angst vor der Regierung verschwindet. — Kurz der Petersburger Korrespondent des konservativen „Standard“ kennzeichnet die Situation am besten, wenn er seinen Stimmungsbericht mit den Worten schließt: Rußland ist ohne Regierung.“

Dieser Bericht aus der Feder eines Mannes, der Jahre hindurch Berliner Korrespondent der „Times“ war, ist zu bezeichnend, als daß wir ihm nicht einige Stellen entnehmen sollten. Es heißt da u. A.: „Niemals zuvor wurde die Nothwendigkeit einer festen Hand am Steuer ruder so tief und allgemein empfunden. Es bedurfte nichts Geringeren als des Drama vom 13. März, um es Allen vor Augen zu führen, daß die „Reform“, welche die Revolutionäre der Regierung durch blutige Handlungen abzurufen bestrben sind, nicht länger aufgeschoben werden kann und darf. ... Das gegenwärtige Regierungssystem hat in jeder Phase — der grausamer Tyrannei und der halbherziger Jugeständnisse — seine vollständige Unfähigkeit bewiesen, den berechtigten Wünschen des Volkes zu entsprechen, oder auch nur das Leben des Monarchen zu schützen.“

„Wäre Rußland noch eine Nation von Knechten, so könnte dieses Schicksalssystem seine Existenz verlängern. Aber sein Schicksal wurde entschieden, sein Urtheil wurde gefällt durch den Akt von 1861. Jedermann ist mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge unzufrieden, Alles erwartet einen baldigen Wechsel.“

„Die Mehrheit aller intelligenten Leute — und in dieser Beziehung sind in Rußland die Frauen den Männern überlegen — würden, wenn sie ihre Wünsche zusammenzufassen wagten, die in der letzten Proklamations des Exekutivkomitee enthaltenen Forderungen wiederholen. Es überrascht, wenn man sieht, welche Gemeinschaft zwischen der russischen Intelligenz und der revolutionären Partei besteht.“

„Sie untercheiden sich nicht in den Zielen, sondern in den Mitteln. Das vollständige Fehlen der Freiheit, die Einige fordern und Alle wünschen, läßt den russischen Reformern keine Wahl zwischen Schweigen oder Erhebung.“

„Niemandem, der durch Rußland reist, kann der Unterschied zwischen Alt und Jung entgehen.“ Er — der Junge — ist vielleicht fast ebenso unzufrieden als sein Vater, aber er besitzt eine gefährliche Kenntniß von Recht und Unrecht, was ihn in vielen Fällen zu einem bereitwilligen Hörer der verführerischen Rathschläge der revolutionären Propagandisten macht.“

„Es wäre eine Thorheit, noch länger auf seine blinde Ergebenheit für den Jaren zu rechnen, der ihm die Freiheit geschenkt hat, ihm aber die Kenntniß vorenthält, die ihn allein zum Genuß derselben befähigt.“

„Gehet, wohin Ihr wollt, vom Weissen bis zum Schwarzen Meere, von der Donau bis zum Amur, überall erwachen die Bauern von ihrem Jahrhundertelangen todähnlichen Schlummer. Der Frühling des nationalen Lebens dämmert heran.“

„Unterdesseu lebt der Jar zurückgezogen in Gattina und läßt Niemanden vor als den Prinzen Barnum. Man spricht in offiziellen Kreisen von einer moralischen Abdrückung und schüttelt bedenklich die Köpfe, wenn man von der Zukunft spricht.“

Und aus Berlin meldet man denselben Blatte, — wir schämen uns, es nicht in Abrede stellen zu können: „Die Dienerschaft der kai-

serlichen Familie in Gattina besteht hauptsächlich aus Preußen und Polen.“

„Ach Deutschland, wirst Du ewig das Land bleiben, wo die Diensthofen am besten gedeihen? Kannst Du Dich gar nicht aufrufen aus Deiner Hundedemuth und Hundetrenne, deutsches Volk? Reibe Dir die Augen, deutscher Michel, bist um Dich nach rechts und links. Sie verlangen, sie ermorden ihre Tyrannen, Du aber schreist Denen, die Deine Rechte täglich mehr verkümmern, noch immer das alte Hurrah! zu, bejubelst noch immer das alte Gauckelspiel! Du bettelst, wo Du ein Recht hast, zu fordern.“

Es geschieht wahrhaftig nicht umsonst, wenn wir den republikanischen Charakter unserer Bewegung heute mehr als je betonen. Wir würden es thun, selbst wenn wir fürchten müßten, dadurch an Anhängern einzubüßen; um solche Leute wäre es nicht schade. Wir brauchen heute Männer, aber keine Fürstentknechte, und in einem Augenblick, wo sich in Deutschland alle gegenseitigen Parteien, von der hochkonservativen bis zur fortschrittlichen Volkspartei, um die Ehre streiten, wer die besten Diener sind, wo sie alle unter der Devise kämpfen für „Kaiser und Reich“, da hat es uns doppelt wohlgethan, als Babel im deutschen Reichstag offen und frei proklamirte: Wir erkleben auf politischem Gebiete die Republik! Das war nichts weniger als doktrinär.

„Kann auf keinen Fall Schaden. Rochefort schlägt vor, und der „Citoyen“ schließt sich ihm an, man solle in allen französischen Städten Protestversammlungen gegen die Verdrückung von Hejira Helfmann abhalten. Das gäbe wenigstens Gelegenheit, den russischen Henkern und ihren Helfershefern zu zeigen, was das französische Volk im Gegensatz zu den französischen Staatsmännern von ihnen denkt.“

„Aus London, 29. April, schreibt man uns: Angesichts der kläglichen Haltung der „liberalen republikanischen“ Presse der freien Schweiz dürfte es nicht überflüssig sein, die Haltung des englischen monarchischen Kabinetts in der Aylrecht-Frage derselben gegenüberzustellen. Dieselbe ist so entschieden, als es einem liberalen Ministerium nur möglich ist, und sie kann, ja muß es sein, da sie das ganze Volk hinter sich hat. Ausgenommen ist natürlich der Fall Wolf, der jedoch nicht dem ganzen Kabinet, sondern vornehmlich dem charakterlosen Harcourt zur Last zu legen ist.“

In der gestrigen Unterhandlung antwortete Sir Charles Dilke auf eine Interpellation Labouchere's in Beziehung auf das Aylrecht und legte den Standpunkt klar, den das Kabinet in dieser Frage einnehmen wolle. „Die drei Kaiser“, sagte er, „hätten die Absicht, eine Konferenz der Großmächte zusammenzubringen. Man hoffte, wenn Frankreich dem Projekte zustimme, werde sich auch England demselben anschließen. Aber die französische Republik hat sehr zu ihrer Ehre jede Theilnahme an einer derartigen Konferenz zurückgewiesen, und daher wurde der Plan fallen gelassen. Selbst wenn Frankreich zugestimmt hätte, würde England abschlüssig geantwortet haben. Aber Frankreichs Haltung verhinderte, daß England überhaupt ein Antrag gemacht wurde. Wir glauben, daß die französische Regierung, obgleich sie es ablehnte, an der Konferenz theilzunehmen, ihre Vereintwilligkeit ausgesprochen hat, die bestehenden Gesetze über das Aylrecht in Erwägung zu ziehen und, wenn nöthig, zu ergänzen. Unser Land zeigt keine Neigung zu dergleichen. Wir sind mit unseren Gesetzen zufrieden, wie sie sind. Das gegenwärtige Ministerium will weder beantragen, noch würde das Parlament annehmen irgend eine Einschränkung des Aylrechtes, welches die politischen Flüchtlinge hier genießen.“

„Das englische Gesetz schützt Rebellen gegen auswärtige Regierungen vor der Wache Dezer, die sie angegriffen haben, sobald sie unsere Küste betreten und sobald sie innerhalb derselben bleiben.“

„Es ist undenkbar, daß das englische Volk eine Aenderung dieser Sachlage zugeben sollte. Kein Gesetz kann aber hier lange in Kraft bleiben, das der Meinung der Nation widerspricht, und der Versuch, es gewaltsam durchzuführen, wäre bloß das Signal zu seiner Wiedereinstellung. Nicht die gleiche Sicherheit haben wir in Bezug auf die Gesetze anderer Staaten. Im Gegentheil, in manchem von ihnen mag da ein Regierungssystem herrschen, so willkürlich, so despotisch, so schrecklich, daß die meisten Engländer den Krieg gegen dasselbe als etwas entschieden Anerkennenswerthes, Tugendhaftes, die Unterlassung desselben als eine unverzeihliche Schläffheit betrachten dürften.“

„Die politischen Einrichtungen Rußlands und Deutschlands sind Sache der Deutschen und Russen; die Engländer gehen sie nichts an, es sei denn, daß sie von Zeit zu Zeit belehrend wirken — als warnendes Beispiel. Ganz anders würde sich die Sache gestalten, wenn wir es unternehmen würden, Kihilisten der jarten Wilde der russischen Regierung oder Sozialisten der deutschen Polizei auszulieferen.“

„Monarchen haben sich von Zeit zu Zeit zu gegenseitigem Schutze verbündet. Die Bürger eines freien Gemeinwesens oder weisen es zurück, die Unterdrückungsmahregeln des Despotismus zu unterstützen. Die geheimen Gesellschaften Europas sind, so sehr man auch ihre Macht und ihren Einfluß überschätzen mag, sicher eine Gefahr, gegen welche diejenigen, die sie bedroht, sich schützen müssen. Es ist jedoch ihre Sache, zu erwägen, ob sie bloß eine noch schärfere Unterdrückungspolitik befolgen oder nicht auch einige der Quellen, aus denen ihres Aufstand und Gewaltthatigkeit entspringen, beseitigen wollen. Uns in England geht das nichts an, wir haben andere Pflichten zu erfüllen und andere Fragen zu lösen. Wir bekämpfen längt die Politik der geheimen Verbündungen mit der einzigen Waffe, gegen die sie machtlos sind; Anarchie verdrängt sich nicht mit Freiheit und Wähler konspirieren nicht. Wenn es Hejra Bismarck für gut findet, die Rolle Metternich's zu übernehmen, so wird er sie sicher mit Geist und Kraft spielen, aber auch mit den Folgen für die soziale und politische Entwicklung Deutschlands, wie sie naturnothwendig eintreten müssen.“

So Herr Dilke.

Wir Schwärmer durchaus nicht für das Ministerium Gladstone, das durch die infamsten Unterdrückungsmahregeln gegen Irland und die infame Landbill genugsam gezeigt hat, daß es nicht immer die Freiheit liebt, mit der es „Anarchie“ und „Verschwörung“ bekämpft. Nicht freitliche Ueberyzeugung, sondern Ratio naltoliz ist es, der das Kabinet Gladstone zu seiner Haltung in der Aylfrage bewegt hat, eine Haltung, wie sie auch ein konservatives Ministerium angenommen hätte und hätte annehmen müssen. Aber es ist wenigstens eine berechtigige Art Nationalstolz, der Stolz des freien Mannes dem Sklaven gegenüber, der Sir Charles Dilke so reden ließ, daß die „Liberalen“ und vielleicht auch manche „Demokraten“ der Schweiz — Sie wissen das besser wissen — davon lernen können. Die Schweizer Bourgeoisie hat eben, nachdem sie ihre republikanische Bestimmung verloren, auch keinen Nationalstolz mehr, die „Nation“ hat für sie bloß den Zweck, ihre Profite zu afferkiren, d. h. die nationale Industrie zu fördern. Das „Vaterland“ hat für sie, nur Bedeutung, insofern es den Schutzzoll einführt und den eifständigen Arbeitstag abschafft. Thut es das nicht, dann je edler, je lieber zu Preußen, wo man den Arbeiter knechten kann, wie man will. Aber gemacht, Ihre Herren, Ihr dürftet Euch verdeden. Je preschischer Ihr werdet, desto mehr stärkt Ihr die Sozialdemokratie, indem Ihr jeden christlichen Republikaner zwingt, Euer Gegner zu werden. Und sollte wirklich die schweizerische Bourgeoisie, sich verleiten lassen, die Schweiz eines Tages an Preußen zu verrathen, dann sind ihre Tage gezählt. Sobald die Preußen in der Schweiz einmarschiren, werden sie sammt der Bourgeoisie vom Arbeiter- und Bauerproletariat hinausgejagt, von der rathen Republik, der sozialen Revolution. J. S.

Nun, gar so schlimm, wie unser Korrespondent meint, sieht es denn doch hier noch nicht aus. Einweilen befindet sich die Bourgeoisie auch

in der Schweiz sehr wohl und hat noch wenig Ursache, die selbst für sie nicht sehr amuthenden preussisch-deutschen Hühnde herbeizuziehen. Es ist immer angenehmer, selbst zu herrschen als die Herrschaft theilen zu müssen, und Bismarck ist doch ein verdammt ungemüthlicher Kompagnon.

„Nein, Alles was recht ist. Im Großen und Ganzen ist auch hier die Agitation gegen das Aylrecht kläglich verunglückt, und würde noch viel weniger Anklang gefunden haben, wenn nicht die französische Nachbarrepublik eine so überaus erbärmliche, zweideutige Haltung eingenommen hätte. Solange die Schweiz aber einen Rückhalt für ihre Auffassung des Aylrechtes bei anderen Staaten findet, ist in dieser Beziehung wenig zu fürchten.“

Es war nur im ersten Augenblick, daß man hier, und selbst bessere Elemente, den Kopf verlor. Dadurch kamen, wie immer, einige Blätter obenauf, die aber jetzt den Schwanz einziehen müssen.

Auch in der Frage des Welkongresses — das mögen sich die auswärtigen Genossen gesagt sein lassen — ist nichts zu befürchten.

Selbst der Chefredakteur der „Neuen Züricher Zeitung“, das Hauptblatt der liberalen Partei im Kanton Zürich, hat ein Verbot desselben für unzulässig erklärt.

Herr Gladstone hat nun auch Dublin als „im Zustande der Ruheförderungen befindlich“ erklären lassen. Ursache: die scharfe Kritik, welche die Vertreter der Landliga an der Landbill geübt. Dillon, einer der radikalsten Führer der Liga, ist auch bereits verhaftet worden.

Die Landlords aber setzen unter dem Schutze der Juanggesetzte ihr infames Ausdrückungssystem mit ungeschwächten Kräften fort. Sie wollen ihre „Rechte“ noch ausnuzzen so lange es Zeit ist, damit sie, falls die Bill wirklich in Kraft tritt, „freie Hand“ haben.

Die Empörung des Volkes über dieses Treiben äußert sich vorderhand noch immer nur in sporadischen Zusammenrottungen, Tumulten und Protestversammlungen. Im Großen und Ganzen scheint es das Schicksal der Landbill abzuwarten.

Etwas für Theiler. Nach einer von T. M. Coan in „Harpers Magazin“ veröffentlichten Studie über den Rationalreichtum verschiedener Nationen, beträgt das jährliche Einkommen in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 85 Dollars, macht bei einer Familie von fünf Köpfen 425 Dollars, d. h. 1800 Mark. Mit dieser Zahl, die im Vergleich mit den für andere Länder angegebenen sogar noch viel zu niedrig erscheint, mögen die deutschen Arbeiter einmal ihr wirkliches Einkommen — welches nach Leone Levi 700 Mark im Durchschnitt beträgt — vergleichen und dann den Herren, die da ewig von den Theilern stunkern, ein Licht aufdecken, wie heute getheilt wird.

Herr Ed. Nathan-Ganz, Herausgeber des „Anarchist“, dessen Verhaftung vor seiner Zeit nach dem Chicagoer „Vorboten“ meldeten, befindet sich wiederum auf freiem Fuß. Er und seine Freunde stellen den Prozeß so dar, als sei derselbe von der deutschen oder russischen Gesandtschaft angezettelt. Uns erscheint das mehr wie zweifelhaft, wir halten aber mit unserem Urtheil zurück bis wir in amerikanischen Zeitungen Näheres über die Natur des durchaus unpolitischen Prozesses gefunden haben.

Vorläufig macht es einen wenig amuthenden Eindruck, daß Herr Nathan-Ganz in der „Rev. Soc.“ seinen Verlaß auf über zwanzigtausend Franken angibt, seinen Ankläger aber auf über Hunderttausend Franken (3000 Dollars) Schadenersatz verklagt hat und letztere Summe im Voraus unter seinen Freunden vertheilt.

Das riecht verdammt nach Hamburg.

„Ordnung. Wir sind eine „in Zürich hausende Clique charakterloser Abenteurer, Dummköpfe, welche Schurken dienen“, unsere „Dummheit ist mit Schlechtigkeit gepaart“, dem wir lägen „vollbronn“, wir „erscheinen ganz besonders schlecht und charakterlos“, wir sind „Buden“, dem wir sind „die absoluten Affen der Londoner“, wir vollführen einen „Höllenspektakel“, wir sind „ein Literaturland“, wir sind „Grabschneider“, welche „die Mient des Heuchlers aufsetzen“ und „meuchlerische Verleumdung“ verüben.“

Der „Sozialdemokrat“ ist ein „Zürcher Wisch“, aus ihm „gähnt schon wieder der Abgrund eines hohlen Schädels an“, sein Londoner J. S.-Korrespondent könnte ebenfogat „Simpel oder Schust“ heißen u. s. w., u. s. w.

Unter solchen Umständen dürfte der „denkende und unparteiische Leser ganz von selbst herausfinden“, welches „die passendste Antwort“ für uns wäre, nämlich „Maulschellen“.

Es ist noch nicht lange her, da wurde aus von London mit Dynamit gedroht, dann kam das Messer an die Reihe, jetzt thun es bereits Maulschellen.

Man sieht, die Helden von Rose Street lassen sich handeln, oder vielmehr, sie handeln sich selbst herunter, wie eine gewisse Soete Haussere auf Jahrmärkten.

Wie man es mit diesen thut, man wartet ruhig, bis sie ihre Forderung auf einen dem Werthe ihrer Waaren einigermaßen entsprechenden Satz reduziert haben — so unsere Haltung gegenüber den Londoner Drohungen.

Wir werden sie ernst nehmen, wenn sie mit dem Muth der Herren im Verhältnis stehen. Das ist aber bei den Maulschellen noch nicht der Fall. Auch noch nicht bei Rosenpickern. Also

„Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, Rückwärts, rückwärts, folger Eid!“

Korrespondenzen.

Berlin, 25. April. Die Billkür, mit welcher die Polizeihallenbau bei den Ausweisungen vorgehen, ist schon oft gekennzeichnet worden, ich denke aber, es wird nicht schaden, wenn ich noch Einiges zur Charakteristik unserer vortrefflichen Zustände beitrage. Bei Genosse Krause fanden sich, nachdem er bereits ausgewiesen war, nach am letzten Tage 6, sage sechs Kriminalpolizisten ein und nahmen Hausdurchsuchung vor. Krause hatte in der Küche mehrere Kisten mit Apfelsinen zur Aufbewahrung, das war so etwas für die Spylkande, die Kisten wurden gewaltsam geöffnet und die Apfelsinen eine nach der andern aufgewickelt, wobei den Jammerbüchsen der Schweiz auf der Stirne stand. Während, daß sie umsonst geschmeigt, machten sich die Edlen dann über das Mobilnar her, kein Bett blieb verschont, kein Bild an der Wand vergessen, überall tasteten, rochen und wühlten sie, bis sie in Schweiz gebadet mit langer Nase abzogen. Achnlich ging es bei Genosse Flügel und Anderen zu.

Wie sehr die Schweizhunde, so müßte man die „geheimen Hallunken“ eigentlich nennen, darauf ausgeben, ihre schmawolte Existenz um jeden Preis zu sichern, sich unentdecklich zu machen, zeigt die Frage des bei Genosse Dreptow hausenden Schwatzeinosti. Dieser ehrenwerthe Staatsverweiger fragte nämlich ganz ungenirt: Wie ist es denn, Ihr macht ja seht gar nichts mehr? Wir haben ja gar nichts mehr zu thun!“ Ein schlagender Beweis, daß, ob wir thätig sind oder nicht, die Verfolgungen nicht ausbleiben. Wenn wir den Bürgen nicht zu thun geben, dann machen sie sich selbst etwas zu thun, der Effekt nach oben ist der gleiche.

Der Staat muß um jeden Preis gerettet werden, gibt es nichts soialisistisches zu verbieten, so verbietet man fortschrittliche Waare, wie es vor einigen Tagen dem „Berl. Börse-Courier“, dessen Freiheit wohlbelangen ist, geschah. Nullstanz ist auch folgender Fall. Borige Wochen gegen zehn junge Leute, die von der Kreisverwaltungscommission kamen und jedenfalls tauglich befunden waren, in angeheiterem Zustande durch die Straßen.

